

„Volkseinheit“: Bruch mit Memoranden und Sparpolitik ist entscheidend

Das nachfolgende Interview mit Stathis Kouvelakis, einem Führungsmitglied der von Syriza abgespaltenen neuen Linkspartei „Volkseinheit“, gibt einen Überblick über die Kritikpunkte, die zu dem Bruch in Syriza geführt haben, und über die Vorstellungen, wie die nun in der „Volkseinheit“ vereinigten Linken sich einen Ausweg aus der entstandenen Situation und aus dem Sparzwang- und Privatisierungskorsett des Tsipras von der Eurogruppe aufgezwungenen Diktats vorstellen.

Frage: Welches ist der Punkt des No return („keine Rückkehr mehr“) innerhalb von Syriza, der Sie heute dazu bringt, eine neue Partei zu gründen, die „Volkseinheit“?

Stathis Kouvelakis: Das war die Unterzeichnung des Abkommens vom 13. Juli. Der Bruch war schon vorher sichtbar, als innerhalb von einigen Tagen das „Nein“ des Referendums in ein „Ja“ umgewandelt worden ist und die griechische Regierung zu den Verhandlungen in Brüssel mit einem Mandat ging, das faktisch die Akzeptierung des Austeritäts-Rahmens bedeutete. Aber es war die Unterzeichnung des Abkommens durch Alexis Tsipras, was den Prozess eröffnete, der zur Spaltung von Syriza führte – man müsste eher von einem Zerfall von Syriza sprechen.

Es gab dann die zwei Abstimmungen im Parlament über die zwei dem Abkommen vorhergehenden Maßnahmenpakete, danach die über das Memorandum, die den Bruch besiegelte. Die Regierung Tsipras hat das Memorandum unterzeichnet, ohne jemals, zu keinem Zeitpunkt, die Zustimmung irgendeiner Instanz von Syriza zu erhalten. Alexis Tsipras kann sich nicht auf einen einzigen Text, einen einzigen Beschluss berufen, die ihn ermächtigen, das zu tun, was er getan hat. Im Gegenteil, bei den wenigen Malen, wo sich das Zentralkomitee versammelt hat, seitdem Syriza an der Macht war, hat es Beschlüsse gefasst, die alle in die gleiche Richtung gingen: auf keinen Fall werden wir ein Memorandum unterzeichnen. „Alles, nur das nicht“.

Und geschehen ist genau das, was im Prinzip total ausgeschlossen war. So sehr die Koexistenz von Strömungen mit Meinungsverschiedenheiten, auch über die Frage des Euro, innerhalb ein und derselben Partei möglich war, solange das zentrale Ziel der Abkehr von den Memoranden beibehalten wurde, so sehr war die Koexistenz von Anhängern eines Memorandums und von Gegnern desselben in der gleichen Partei nicht möglich. Als Alexis Tsipras beschlossen hat, ein Memorandum zu akzeptieren, fasste er im gleichen Zug den Beschluss, seine Partei aufzulösen.

Frage: Haben Sie alle Syriza-Abgeordneten, die sich gegen das neue Memorandum aussprachen, zusammenbekommen? Mit den 25 Abgeordneten zum Anfang der „Volkseinheit“ ist die Rechnung wohl nicht aufgegangen?

Stathis Kouvelakis: Bei der Abstimmung gab es 32 „Gegen“ und 17 „Präsent“, was im griechischen parlamentarischen System nicht genau einer Enthaltung entspricht, es liegt sehr nah beim „Nein“.

Diejenigen, die nicht angeschlossen haben, das sind Zoe Konstantopoulou, die Parlamentspräsidentin, die noch ihre institutionellen Funktionen ausübt, die aber nicht zögern wird, sich uns anzuschließen, und drei Abgeordnete der maoistischen Strömung KOE von Syriza, mit denen wir in der Diskussion sind. Dann gibt es noch Yanis Varoufakis, der nicht kommen wird, denn unsere Positionen sind zu weit entfernt.

Im Übrigen ist die Volkseinheit keine Partei, sondern eine Front, die ein Dutzend Komponenten vereinigt. Manche kommen von Syriza, andere waren in der Vergangenheit mal Teil von Syriza oder haben mit ihr zusammengearbeitet, wieder andere kommen aus der extremen Linken, wie die Strömungen der Koalition Antarsya.

Im Grund ist die Volkseinheit ziemlich nah an dem, was die Syriza-Koalition bis 2013 gewesen ist, bevor sie sich zu einer einzigen Partei verschmolzen hat. Das ist eine Formel, auf die wir Wert legen: wir sind eine politische Front, mit Pluralismus, mit der Achtung von Unterschieden, mit dem Akzent auf der Selbstorganisation. Unser Ziel ist es, die politische Strukturierung des „Nein“ zu gewährleisten, das beim Referendum am 5. Juli zustande kam und das in überwältigender Weise eine Mehrheit hatte in der Jugend wie bei den breiten Arbeiter- und Volksschichten. Wir wollen von unten her breite und offene Komitees aufbauen.

Natürlich erwarten wir, dass auch Aktivisten, Einzelpersonen, politische Persönlichkeiten sich uns anschließen. Man muss nicht mit allen Punkten unseres Programms übereinstimmen, aber der Kernpunkt ist sehr wohl das: der Ansicht zu sein, dass der Bruch mit den Memoranden unerlässlich ist und dass dies eine Konfrontation mit der Europäischen Union nach sich zieht, selbst wenn es hinsichtlich der in dieser Konfrontation zu verwendenden Mittel Meinungsverschiedenheiten geben kann. Aber es ist sehr klar, dass wir alle Lehren aus dem strategischen Scheitern von Syriza ziehen werden und dass wir ein alternatives Herangehen haben, um nicht zur gleichen Kapitulation zu kommen.

Frage: Als drittstärkste Fraktion im griechischen Parlament gibt die griechische Verfassung der Volkseinheit ein „Sondierungsmandat“, um die Bildung einer Regierung zu versuchen. Wie nutzen Sie diese Phase, die am Donnerstag zu Ende geht?

Stathis Kouvelakis: Wir versuchen, die drei Tage, die uns gegeben sind, zu nutzen, um zu zeigen, welches unsere Art von Politikverständnis ist. Unsere Losung heißt, den sozialen Kräften das Wort zu erteilen, und unsere Vorschläge gehen in die Richtung einer institutionellen Demokratisierung.

Erstens trifft Panayiotis Lafazanis in herausgehobener Weise die Vertreter der sozialen Kräfte, die von den verschiedenen Aspekten des Memorandums und insbesondere von den Kämpfen gegen das Memorandum und seine Auswirkungen besonders betroffen sind. Das sind die Gewerkschaften der Lohnabhängigen und der Rentner, die schwer getroffen werden durch die kommenden Einschnitte in die Renten und durch die Beseitigung verbliebener sozialer Rechte, das sind die Bürgerkampagnen gegen die Privatisierungen, das sind die Landwirte, die Fischer usw. Die Idee ist zu zeigen, dass für uns Politik nicht einfach nur Techtelmechtel mit den Parteivertretern ist. Politik wird mit den sozialen Kräften, mit Mobilisierungen gemacht.

Zweitens machen wir institutionelle Vorschläge: um in die Richtung Demokratisierung zu gehen, soll der Bonus von 50 Sitzen abgeschafft werden, der einer Partei gegeben wird, die bei den Wahlen auf den ersten Platz kommt, entsprechend einer Wahlverpflichtung von Syriza – das war eine der richtungsweisenden Maßnahmen von Syriza, nicht eingehalten wir die anderen. Und wir schlagen vor, die Diskussion zu unterstützen, die Zoe Konstantopoulou im Parlament zu starten versucht über die deutschen Kriegsreparationen, um dem Parlament zu ermöglichen, seine Arbeit bis zu Ende zu führen.

Frage: Sie haben den Ruf zu Neuwahlen von Alexis Tsipras hart kritisiert. Aus welchen Gründen?

Stathis Kouvelakis: Was wir kritisieren, ist der Fakt, Wahlen im Eiltempo abzuhalten. Das ist recht klassisch, um zu versuchen, seine Gegner klein zu halten. Aber Tsipras hat etwas getan, was noch keine Systempartei bisher zu tun gewagt hat, nämlich zu Wahlen zu gehen mitten im Monat August, obwohl in einem Land wie Griechenland die Leute genau zu diesem Augenblick in den Ferien sind. Was den Wahlkampf um so mehr reduziert. Das Ziel des Manövers ist extrem klar: es geht darum, so rasch wie möglich an die Urnen zu gehen, bevor die konkreten Auswirkungen des Memorandums in der Bevölkerung spürbar werden.

Frage: Welches sind die hervorragenden Elemente des Programms der Volkseinheit?

Stathis Kouvelakis: Der Bruch mit dem Memorandum und mit der Sparpolitik ist entscheidend. Wir wollen die Memoranden annullieren, wie Syriza es versprochen hatte. Wir wollen brechen mit den Zielen für Haushaltsüberschüsse. Wir rechnen damit, unverzüglich die Rückzahlung der Schulden einzustellen und über die Annullierung des größten Teils davon zu verhandeln, aber auf dieser Grundlage. Es ist keinerlei Wiederaufstieg möglich für Griechenland, solange das Land ausgeblutet wird, um diese Verschuldung zurückzuzahlen. Einer der Hauptirrtümer der Syriza-Regierung war es, dass sie weiterhin die Schulden zurückzahlte: 7 Milliarden Euro haben sich zwischen Januar und Juni verflüchtigt, die öffentlichen Kassen haben sich völlig geleert.

Und dann machen wir uns keinerlei Illusionen bezüglich der Verwirklichungsmöglichkeit eines Programms des Bruchs im Rahmen des Euro. Also werden wir im Fall des hartnäckigen Beharrens der Institutionen mit Einschränkung des Zugangs zu den von der Europäischen Zentralbank beschlossenen Geldern zur nationalen Währung zurückkehren.

Die Übergangsphase bringt sicherlich Schwierigkeiten mit sich, aber auch bedeutende Gelegenheiten für die Wiederbelebung und für eine Wirtschaftspolitik, die in die Richtung sozialer Gerechtigkeit und des Umweltschutzes geht.

Frage: Sie erwähnten die „Hartnäckigkeit“ der Institutionen. Sind Sie alle über das Ausscheiden aus dem Euro einig innerhalb der Volksunion?

Stathis Kouvelakis: Ja, wir denken, dass wir uns auf das Ausscheiden aus dem Euro vorbereiten müssen. Das ist völlig klar. Das Programm von Volkseinheit wird ausformuliert, es wird Ende der Woche veröffentlicht.

Die Vorbereitung des Ausscheidens aus dem Euro ist ein grundlegender Punkt. Diese Frage enthält mehrere Aspekte. Der erste ist offensichtlich die Wiederaneignung der politischen Souveränität in einem Kontext, in dem eine Regierung sich mit der Heiligen Allianz aller neoliberalen Mächte konfrontiert sieht. Ohne das Werkzeug der Währung werden wir, wie man gesehen hat, von der EZB in Geiselschaft genommen. Syriza hat das ab dem 4. Februar erlitten.

Zweitens ist dies ein Mittel, um einen wirtschaftlichen Neustart zu ermöglichen, indem die Versorgung mit flüssigen Mitteln gesichert wird. Sodann ist es ein außerordentlich wichtiges Mittel bei der Frage der Verschuldung. Indem man zur nationalen Währung übergeht, wird die Verschuldung quasi unbezahlbar; niemand wird die Rückzahlung von Schulden akzeptieren, die in einer nationalen Währung ausgewiesen sind. Das versetzt uns in eine Position der Stärke.

Schließlich ermöglicht es die Abwertung, das Wachstum kräftig anzukurbeln. Alle Länder, die sich in einer Situation tiefer Rezession befunden haben, konnten nur wirtschaftlich wieder starten mit einer Abwertung der Währung. Die Wahl ist in Wirklichkeit einfach: Entweder eine Währungsabwertung oder die interne Abwertung, das heißt die strukturellen Anpassungspläne, die aufgezwungen werden, um die Löhne und Renten zu senken und die die Kosten der Arbeit herunterdrücken.

Sicherlich schafft die Währungsabwertung eine gewisse Zahl von Problemen, aber sie schafft auch Gelegenheiten: sie boostet die nationale Produktion, sie erlaubt die Ersetzung von Importen durch Exporte, sie macht die Exporte wettbewerbsfähiger. Gewiss kann sie problematisch sein da, wo mit harten Devisen bezahlt werden muss: Treibstoff, Energie, gewisse Medikamente, die notwendigerweise importiert werden – aber in Klammern gesagt nicht so sehr viel, die nationale Produktion kann einen guten Teil davon übernehmen. Dies alles bringt Übergangsschwierigkeiten.

Aber in Wirklichkeit - man sieht es bei den zum Neoliberalismus feindlich eingestellten Wirtschaftswissenschaftlern, ob Krugman oder Stiglitz, ob Aglietta oder Lordon in Frankreich - ist die Debatte entschieden: die bestmögliche Wahl für Griechenland, die einzig lebensfähige in Wahrheit, sagen sie, ist die Rückkehr zu einer nationalen Währung, natürlich im Rahmen einer fortschrittlichen Politik des Aufschwungs, die die Probleme bewältigen kann. Es wird inflationären Druck geben, aber eine Linksregierung kann die Löhne in diesem Kontext schützen.

Frage: Nach Ihrem Programm geht Griechenland aus dem Euro, aber verlässt es auch die Europäische Union?

Stathis Kouvelakis: Nein, nicht notwendigerweise. Die Frage kann sich möglicherweise stellen, aber nicht automatisch. Immerhin gibt es zehn Staaten der EU, die nicht im Euro sind. Das ist für uns nicht entschieden. Was unser Programm vorsieht, wenn die Konfrontation weiter gehen sollte, ist, ein Referendum abzuhalten. Die britische Regierung bereitet eines vor, mit einer politischen Orientierung weit entfernt von der unsrigen, aber wir sehen nicht, warum man sich die Frage unsererseits nicht stellen sollte. Aber das Ausscheiden aus der EU ist kein Teil der Ziele der Volkseinheit.

Frage: In den letzten Monaten haben die neoliberalen Kreise gegenüber den Absichten der griechischen Regierung eine phänomenale Entschlossenheit bekundet, sie schienen bereit, die Wirtschaft des Landes völlig zu zerstören. Wie will man im Fall einer Abwertung beispielsweise - mit den zu erwartenden Auswirkungen auf die Verschuldung - den Unmut solcher Gegner parieren?

Stathis Kouvelakis: Die Schlussfolgerung, die wir aus der Erfahrung der Syriza-Regierung ziehen, die sofort mit der Blockade und dem Wirtschaftskrieg der europäischen Institutionen konfrontiert war, ist, dass man mindestens eine gleiche Entschlossenheit an den Tag legen muss. Genau da ist die Syriza-Regierung gescheitert: sie hat keinerlei Maßnahme der Selbstverteidigung ergriffen. Gerade in diesem Zusammenhang sehen wir die Rückkehr zur nationalen Währung. Dieses Mittel wird uns helfen bei der Schuldentrückzahlung, denn sie bringt uns in eine Position der Stärke, um seitens der Gläubiger die Annullierung des größten Teils der Verschuldung zu erreichen. Wir wollen einen Kompromiss solcher Art, wie das in allen überschuldeten Staaten geschehen ist - ich denke an Argentinien, Ecuador.

Wir sind der Ansicht, dass es unerlässlich ist, im Rahmen der demokratischen Wiederherstellung der Volkssouveränität die Währungssouveränität wiederzuerlangen, und dies absolut nicht im Sinne einer nationalistischen Abschottung. Unsere Vorgehensweise ist zutiefst internationalistisch. Wir erzählen keine Lügenmärchen, wie es Syriza getan hat, wir sagen nicht, dass wir die anderen Europäer überzeugen werden, wir haben keine Illusionen, dass Hollande oder Renzi oder ich weiß nicht wer noch uns in der EU helfen werden. Wir rechnen auf die Mobilisierung des griechischen Volkes, auf die Sensibilisierung der europäischen Öffentlichkeit, auf die internationale Solidarität der sozialen Bewegungen. Die wahren Verbündeten für uns sind da!

Frage: Sie sehen keinerlei institutionellen Verbündeten in Europa?

Stathis Kouvelakis: Nein, nicht in Europa. Man kann anderswo welche finden. Das ist eine andere Dimension.

Frage: In dieser Hinsicht scheinen Sie starke Beziehungen herstellen zu wollen mit anderen Staaten anderswo auf dem Erdball, um die Finanzbedürfnisse Griechenlands zu decken. Aber was in der Tsipras-

Regierung auch heute noch gesagt wird, ist, dass diese Versuche unternommen worden sind, aber dass sie nicht erfolgreich sein konnten. Ist das falsch?

Stathis Kouvelakis: Also zunächst war nicht alles negativ, was die Syriza-Regierung gemacht hat. Die Tatsache, dass in breiten Sektoren der griechischen Bevölkerung die Realität dessen in Erscheinung getreten ist, was die Europäische Union ist, das war die Syriza-Regierung mit ihrer falschen Strategie, die es möglich gemacht hat. Die Schlacht des Referendums hat eine starke Mobilisierung des Volkes und einen entscheidenden Fortschritt in den Inhalten der Debatte ermöglicht, und auch das ist der Syriza-Regierung zu verdanken. Dies alles mündete in einer Niederlage, aber man muss sehr wohl auch den Weg sehen, der zurückgelegt wurde.

Sodann, was die Versuche angeht, die die Regierung unternommen hat, hat es in der Tat Hinwendungen zu machen Staaten gegeben, aber wir sind auf halbem Weg blockiert stehen geblieben. Gegenüber Russland insbesondere war die Haltung zögerlich: Schritte wurden unternommen, aber im entscheidenden Moment hat die Syriza-Regierung sie nicht weiter verfolgt.

Frage: In welchem Moment?

Stathis Kouvelakis: Während der kritischen Wende des Referendums. Das Abkommen über die Gasleitung, das Panayiotis Lafazanis erreicht hat, der in diesem Moment Minister war, ist außerordentlich günstig. Lafazanis hat den politischen Spielraum gehabt, um diese wichtige Geste zu erreichen, die Kontakte wurden fortgesetzt. Aber man muss wissen, dass die Russen im Grund nicht wussten, was die Griechen wollen. Sie waren extrem misstrauisch, denn sie hatten den Eindruck, dass diese Gesten der Öffnung Griechenlands als Karte in den Verhandlungen mit den europäischen Institutionen benutzt wurden, als ein Werkzeug zum Vorzeigen. Die Fotos mit Putin dienten als Druckmittel. Aber dies alles blieb sehr an der Oberfläche, und sie spürten es, es würde nicht mit konkreten Verpflichtungen weitergeführt werden. Und sie lieben es nicht, dass man mit ihnen spielt.

Frage: Wenn also Griechenland aus dem Euro ausscheidet, werden Sie dann Finanzierungen in der notwendigen Höhe außerhalb der Europäischen Union finden?

Stathis Kouvelakis: Wir haben keine eurozentrische Sicht. Europa beschränkt sich übrigens nicht auf die EU. Russland und die Türkei zum Beispiel sind europäische Realitäten. Europa selbst muss aus den imperialistischen und neokolonialistischen Haltungen gegenüber anderen Staaten der Welt herauskommen. Und natürlich wollen wir die Beziehungen mit den fortschrittlichen Regierungen der Länder des Südens entwickeln, ganz besonders in Südamerika – das ist eine strategische Entscheidung der Volkseinheit -, aber auch mit den Mächten von BRICS. All dies offensichtlich unter Bedingungen, die den Interessen des griechischen Volkes günstig sind.

Die Beziehungen mit Russland oder mit China entwickeln, ist zum Beispiel nicht genau das Gleiche. China – das ist wirklich das Geschäft und der Handel, der sie interessiert. Wir, wir wollen keine Privatisierungen, die die Chinesen anziehen, aber gleichzeitig haben sie Öffnungen auf der Ebene der BRICS-Bank vorgenommen. Mit Russland ist das eine andere Sache, denn das hat eine wesentlich geopolitische Sicht. Für Russland sind die ökonomischen Interessen einer geopolitischen Sicht untergeordnet. Es ist auch klar, dass die Beziehungen mit Russland keinesfalls bedeuten, dass wir der Ansicht wären, Putin wäre politisch und ideologisch nah bei uns. Das sind internationale Beziehungen...

Frage: Noch immer zu Ihrem Programm: wie wollen Sie die Privatisierungen stoppen?

Stathis Kouvelakis: Einer der Schlüsselpunkte für uns ist die Nationalisierung der vier Systembanken. Das ist sehr einfach und das war ein Hauptelement des Syriza-Programms. In drei von vier Banken hat die öffentliche Hand heute schon die Mehrheit, aber diese Rechte bleiben stumm und passiv, denn das sind die Bedingungen der vom Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) aufgezwungenen Rekapitalisierung. Wir sind für Ungehorsam in Bezug auf diese Regeln, wir wollen also die unmittelbare Kontrolle dieser Banken übernehmen. Im Prinzip ist das einfach, es genügt, die Anteile der öffentlichen Hand zu aktivieren, die schon da sind.

Einer der skandalösesten Aspekte des dritten Memorandums ist ja, dass 25 Milliarden Euro der Rekapitalisierung der Banken gewidmet werden und dass diese 25 Milliarden die ersten Fonds sind, die aus dem Raub an den griechischen öffentlichen Ressourcen stammen. Das ist ein Verbrechen, das die griechische Regierung akzeptiert hat, gut zu heißen. Diese 25 Milliarden werden ausschließlich verwendet für die Rückzahlung der Anleihen für die künftige Rekapitalisierung der Banken. Dieses Skandal muss ein Ende gemacht und die Banken müssen nationalisiert werden.

Wir sind auch für die Rückkehr der wesentlichen Infrastrukturen des Landes in die öffentliche Sphäre; das ist der Fall der Elektrizitätsnetze, der Häfen, der Telekommunikationsanlagen. Unserer Meinung nach geht

die Wiederankurbelung über die öffentlichen Investitionen; alle Staaten in der Weltgeschichte – und da spreche ich nicht von den Ländern im Übergang zum Sozialismus – haben nur mit einem öffentlichen Sektor und öffentlichen Investitionen neu starten können, die als Lokomotive gedient haben. Wir glauben nicht an die Nichtigkeiten privater Investitionen in einem ausgeplünderten Land mit Elendslöhnen. Auf diese Weise wird man die griechische Wirtschaft nicht neu starten können. Und vor allem nicht mit diesen sehr eng an Bedingungen geknüpften europäischen Finanzmitteln: während der fünf Jahre der Krise haben sie absolut keinerlei Neustart der Ökonomie ermöglicht.

Frage: Alle wissen, dass die Ziele der Privatisierung, das heißt im konkreten Fall 50 Milliarden Euro, die von den Gläubigern gefordert werden, absolut unerreichbar sind und dass deshalb das Land solche Verpflichtungen nicht respektieren können wird. Wozu dienen diese Forderungen?

Stathis Kouvelakis: Das dient dazu, das Land zu schröpfen. Das ist ein wahres Unternehmen der Neokolonialisierung, der Liquidation des griechischen Staates als demokratischer und souveräner Staat. Der Privatisierungsfonds von 50 Milliarden wird direkt von der Troika kontrolliert. Der Rat für Haushaltspolitik besteht aus sieben Mitgliedern und vier davon werden direkt von den vier Institutionen ernannt: Internationaler Währungsfonds (IWF), Europäische Kommission, EZB und Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM). Sie haben die Macht zu entscheiden über horizontale und automatische Abgaben im Fall von Haushaltsüberschreitungen. Das nationale Statistik-Institut ist ebenfalls unter Kontrolle der Institutionen. Das Generalsekretariat für die Steuereinnahmen wird eine völlig unabhängige Behörde, aber in Wirklichkeit steht es offensichtlich unter der Aufsicht der Institutionen, und es ist befugt, Entscheidungen zu fällen, die den Wert von Ministerdekretten haben. Die Regierung, wer immer das sein mag, hat heute keinerlei Hebel mehr unter ihrer Kontrolle. Das bedeutet, dass man mit diesem dritten Memorandum noch viel weiter geht, als es bisher getan worden ist.

Frage: Wie erklären Sie sich diese Verbissenheit gegen die erste Regierung der radikalen Linken in Europa?

Stathis Kouvelakis: Es gibt darin eine sehr klare Dimension der Bestrafung. Indem Syriza gebrochen wird, will man jeden Versuch eines Bruchs mit der Sparzwangspolitik töten. Zur gleichen Zeit muss man sehen, dass die gegenwärtige kapitalistische Krise keineswegs beendet ist und dass die führenden Klassen völlig bereit zu sein scheinen, in Richtung einer Vertiefung der Sparzwangspolitik zu gehen. Da dient Griechenland einmal mehr als Laboratorium. Es war das Versuchskaninchen für die erste Etappe des Sparzwangs, aber jetzt soll es dazu dienen, das Versuchskaninchen für die zweite Etappe eines noch heftigeren Angriffs der Sparpolitik zu werden. Syriza war die Gegenwehr zur Phase eins des Sparzwangsexperiments. Die Volkseinheit ist die politische Antwort auf Phase zwei.

Frage: Sie treten in der griechischen politischen Landschaft neu in Erscheinung. Auf welches Niveau fixieren Sie Ihren Ehrgeiz für die nächsten Wahlen?

Stathis Kouvelakis: Wenn es sehr wohl einen Aspekt von Syriza gibt, den wir zu bewahren beabsichtigen, dann ist es der, eine für die Bevölkerung verständliche Sprache zu sprechen, das Ziel zu haben, Mehrheiten zu gewinnen mit einem einfachen, aber radikalen Programm, das wirklich den dringenden Erfordernissen und den Bedürfnissen entspricht, und in der Lage zu sein, eine realisierbare Alternative anzubieten. Das war ein fundamentaler Punkt von Syriza, Politik der Massen zu machen, nicht Politik für kleine Gruppen, keine sektiererische Politik, nicht auf Protest beschränkte Politik.

Frage: Es ist durchaus möglich, dass Alexis Tsipras und Syriza die nächsten Wahlen gewinnen werden. Ohne sich etwas einzubilden, könnten sie allerdings nicht die absolute Mehrheit erreichen. Könnte es sein, für den Fall, dass Ihrerseits ihr Durchbruch bei den Wahlen gelingt, dass sie noch zusammen regieren könnten?

Stathis Kouvelakis: Die Memoranden sind wie der Gott Moloch: sie verlangen immer bedeutendere Opfer. Vor Syriza hatten die Memoranden schon zwei Regierungen zerstört. Sie haben die PASOK ausgelöscht, eine Partei, die in ganz anderer Weise, solider und besser in der griechischen Gesellschaft verankert war als Syriza, die sie in ein kleines Grüppchen verwandelt haben. Sie haben zu einem guten Teil die Nea Demokratia zerstört. Das dritte Referendum wird Syriza zerstören, das ist übrigens schon sehr stark im Gang: der Rücktritt des Generalsekretärs in den letzten Tagen, das ist doch ein offensichtliches Symptom. Also irren sich die Leute, die glauben, dass die politische Instabilität in Griechenland beendet sei, sehr.

Mit der Volkseinheit öffnet sich ein neuer Zyklus, der es den Bevölkerungskreisen und sozialen Bewegungen, die gegenüber den Memoranden feindlich eingestellt sind, ermöglicht, eine politische Übersetzung zu finden. Von diesem Gesichtspunkt aus ist unsere Strategie nicht sehr verschieden von der von Podemos. Wir wollen in Erscheinung treten, die politische Landschaft umkrepeln und im Grunde das

tun, was Syriza zwischen 2012 und 2015 getan hat. Ich sehe nicht, warum wir schlechter platziert wären als sie, dies zu tun. „Sie“ - das sind offensichtlich auch teilweise „wir“.

Arbeitsübersetzung aus: „Humanité“, 27. August 2015

Übersetzung: Georg Polikeit